

Bern

Sparmassnahmen in der Psychiatrie

«Längerfristig ein Bumerang»

Der Kanton Bern spart auch in der Psychiatrie. Ausgerechnet für ambulante Angebote gibt es weniger Geld, obwohl diese günstiger sind als Kliniken. Dies trifft zum Beispiel die psychiatrischen Dienste in Langenthal.

Daniela Kuhn

Heuer musste Kurt Bachmann erst wenige Stellen reduzieren. Doch nächstes Jahr wird der Chefarzt der psychiatrischen Dienste in Langenthal nicht darum herumkommen, Entlassungen vorzunehmen. Es sei denn, er streiche die seit 2011 im Einsatz stehenden mobilen Equipen, die Patienten in Krisensituationen zu Hause aufsuchen. Das niederschwellige Angebot, welches ermöglicht, sofort Hilfe zu mobilisieren, ist hierzulande nur in den Kantonen Gené und Waadt etabliert (siehe Kasten). In der ländlichen Spitalregion Oberaargau (SRO) sind die Hausbesuche sehr gefragt. Besonders dankbar um diese Art der Krisenintervention sind Angehörige von erkrankten Personen, die sich in einer psychotischen Phase völlig zurückziehen und sich kaum mehr aus dem Haus wagen, geschweige denn in ein Spital. Hinzu kommt: Mit einem oder mehreren Hausbesuchen kann eine Zwangseinweisung oft verhindert werden. Das heisst, es kommt weder zu einem Polizeieinsatz noch zu einer stationären Behandlung.

Ambulante Angebote im Defizit

Kurt Bachmann gelang es, die mobile Krisenintervention, die 2007 bis 2011 in Biel und Langenthal als Pilotprojekt lief und ursprünglich für alle Regionen gedacht war, ins bestehende Angebot seiner Klinik aufzunehmen. Seither sind Ärzte und Pflegenden der Equipen permanent ausgelastet, sprich: Sie leisten regelmässig Überstunden. Wegzeit und Fahrzeuge werden aber im Tarmed-Tarif nicht von den Krankenkassen abgegolten. Auch nicht Leistungen, die gerade mit psychotischen oder schizophreniekranken Patienten fast immer anfallen: Die Vernetzung mit Sozialdienst, IV, Ärzten und Arbeitgeber sowie die nicht seltenen Absenzen von Patienten.

Damit diese schwerkranken Patienten dennoch behandelt werden können, beteiligt sich der Kanton an den Kosten – prozentual zur Bevölkerung. Im Fall von Langenthal an jährlich 9000 Konsultations-Stunden. Doch die Klinik leistet im ambulanten Bereich, zu dem auch die Ambulatorien in Langenthal, Huttwil und Niederbipp gehören, wesentlich mehr, nämlich 25 000 Stunden pro Jahr. Allein die Pflegefachpersonen der mobilen Equipen erbringen jährlich 4500 Arbeitsstunden. Mit anderen Worten: Die für Patienten, Angehörige und Hausärzte wertvollen ambulanten Angebote sind defizitär. «Wir werden fast gestraft, dass wir sie führen», sagt Bachmann.

Im letzten September, als das reguläre Budget für den ambulanten Bereich gekürzt wurde, nahm die finanzielle Belastung für die psychiatrischen Dienste weiter zu. Der Grosse Rat entschied nämlich, dass sich der Kanton pro Einwohner fortan nur noch mit 7 statt 9 Franken an den Leistungen beteiligen, die nicht über den Tarmed-Tarif abgerechnet werden können. In Langenthal bedeutet das eine Kürzung von 152 000 Franken.

Wartelisten werden länger

So weit, so schwierig. Im Oktober 2012, nachdem die Vorlage über die Senkung der Motorfahrzeugsteuern angenommen worden war, beschloss der Grosse Rat, in der ambulanten Psychiatrie weitere 4,7 Millionen einzusparen. Die Spitalregion Oberaargau trifft es mit dieser erneuten Kürzung am heftigsten: Bachmann muss jährlich Einsparungen von 100 000 Franken im ambulanten Bereich

«Ich werde die Stellen hinunterfahren müssen.»

Kurt Bachmann, Chefarzt Psychiatrie

und 400 000 Franken in den Tageskliniken vornehmen – «Entlastungsmassnahmen» heissen sie in den entsprechenden Schreiben. Per 1. Juli werden sie in Kraft treten. Bisher hat Bachmann in der Tagesklinik eine Vollzeitstelle gestrichen, in Form von Pensumsreduktionen in der Ergotherapie und Pflege. Zudem hat er die Supervisionsstunden halbiert und in der Weiterbildung gekürzt. Unter der Devise «Mehr Leistung mit weniger Personal» werden die beiden Tageskliniken, die ständig Wartelisten führen, im nächsten Jahr 350 Tage mehr verbuchen müssen. Ein Abbau der Behandlungsqualität ist absehbar. Die Gruppen in der Ergo- oder Milieuthherapie werden grösser werden, die ohnehin knapp bemessenen Alltagsbegleitungen und Psychotherapien in Form von Einzelgesprächen werden weiter abnehmen.

Der Kanton Bern steht unter einem enormen Spardruck. Langfristig fehlen 450 Millionen Franken in der Kantonskasse. Doch das Paradoxe: Mit teuren stationären Angeboten rentiert eine Klinik, mit günstigeren ambulanten Angeboten nicht. Grund dafür ist das Bundesgesetz, das für diese Behandlungen einen fixen Kostenanteil vorschreibt. Der Kanton kann an den stationären Angeboten keine Kürzungen vornehmen, ungeachtet der Tatsache, dass sie die weitaus teuerste Variante sind und durch ambulante Angebote reduziert werden können (siehe Zweittext).

Mit mehr Einweisungen in stationäre Kliniken muss somit längerfristig gerechnet werden. «Das dürfte für den Kanton zum Bumerang werden», sagt der Chefarzt des Psychiatriezentrums Oberaargau. Die Chefärzte der Regionalen Dienste schrieben Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP) einen Brief, in dem sie darauf aufmerksam machten. Sie erhielten zur Antwort, das Problem sei bekannt, doch seien keine anderen Sparmassnahmen möglich gewesen.

Geplanter Ausbau ist Makulatur

Wird es auch bei künftigen Sparrunden keine Alternativen geben? In Ferienabwesenheit von Regierungsrat Perrenoud sagt sein Sprecher Jean-Philippe Jeannerat, mittelfristig könnten die tagesklinischen Leistungen allenfalls ins nationale Tarifsystem «Tarsy» aufgenommen werden, wobei sich der Kanton auch mit dieser Variante an den nicht gedeckten Kosten beteiligen müsste. Längerfristig könnten alle Bereiche der Psychiatrie einheitlich finanziert werden. Ein Bericht des Bundesrates dazu wird erwartet. Jeannerat weist aber darauf hin, dass die Krankenversicherer, welche die ambulanten und tagesklinischen Angebote derzeit bezahlen müssen, einen «kontinuierlichen starken Druck» ausüben, um die Ausgaben zu bremsen.

Die Frage, ob ambulante und tagesklinische Angebote nochmals gekürzt werden, lässt er offen: «Wir werden versuchen, sie zu schonen, können aber nichts versprechen», man sei «in einem sehr engen Korsett». Perrenoud, der notabene Psychiater ist, sei aber durch aus bewusst, dass Weiterspüren zu «fast absurden Situationen» führe. Feststeht: Das Ziel, ambulante und tagesklinische Angebote auszubauen, ist zur Makulatur geworden. In den nächsten Jahren sei mit immer mehr Menschen zu rechnen, die psychiatrische Leistungen benötigen, wurde in der letzten Versorgungsplanung festgehalten. Mit einem Ausbau in den «schwach entwickelten» tagesklinischen und ambulanten Bereichen wollte man darauf reagieren.

Wie wird das Jahr 2014 in Langenthal aussehen, mit erstmals vollen Sparmassnahmen? «Ich habe einen Anstellungsstopp verhängt und werde die Stellen hinunterfahren müssen», sagt Kurt Bachmann. «Obwohl wir in allen Bereichen Wartezeiten haben, müssen wir Leute entlassen oder die mobilen Equipen streichen. Mir macht das grosse Sorgen.»



Kurt Bachmann, Chefarzt der Psychiatrie in Langenthal, spürt die Einschnitte auch bei der Tagesklinik. Foto: Franziska Scheidegger

Stationäre Psychiatrie

Teures Klinikangebot - und «keine Luft» zum Sparen

Gemäss der neuen Expertenanalyse zum Sparpotenzial des Kantons Bern ist die stationäre Psychiatrie überdurchschnittlich teuer.

Matthias Raaflaub

169 Millionen Franken gibt der Kanton Bern für die stationäre Psychiatrie aus. Diese Zahl hat die Analyse des BAK Basel hervorgebracht, welche den Finanzhaushalt des Kantons Bern im Auftrag der Regierung genau unter die Lupe nahm («Bund» vom 10. April). Gemäss Benchmarking gibt der Kanton Bern damit 29 Prozent mehr für seine Psychiatrie aus, als der Durchschnitt der schweizerischen Kantone. Ein mögliches Feld für Sparmassnahmen also?

«Relativ geringe Auslastung»

Die Schlussfolgerung der Studienautoren zur bernischen Psychiatrie ist: Im Kanton Bern gibt es ein relativ grosses Angebot von Psychiatriekliniken. Ausserdem sind die Psychiatriefälle vergleichsweise häufig und eben auch teuer. Das heisst, die Bernerinnen und Berner

gehen öfter in eine Klinik und pro Einwohner nimmt der Kanton Bern mehr Geld in die Hand – mehr als etwa der Kanton Zürich. Was im BAK-Bericht aber erstaunt: «Ausserdem könnte die relativ geringe Auslastung ein relevanter Kostentreiber sein», heisst es da.

Geringe Auslastung? Dass die Psychiatrischen Kliniken zu viele freie Plätze hätten, widerspricht dem, was von Klinikdirektionen oft zu hören ist. So stellen etwa die Universitären Psychiatrischen Dienste Bern fest, dass die Belegung ein Problem sei. Die Auslastung steige dort zwischenzeitlich über die vorgesehene Patientenzahl an.

Auch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) kann diesen Schluss der BAK-Studie «nicht nachvollziehen», wie Sprecher Jean-Philippe Jeannerat mitteilt. Die Auslastung sei «im Gegenteil sehr hoch und geht manchmal über die Kapazität von einzelnen Spitälern». Die GEF hat selber gerechnet: «Gemäss unseren Berechnungen liegt der Kanton Bern leicht über dem schweizerischen Durchschnitt», teilt Jeannerat mit. Zu diesem Resultat kommt sie, indem sie die Klinikaustritte, und nicht wie das Institut BAK Basel Klinikeintritte, auf die

Bettzahl hochrechnet. «Wollte man eine abschliessende Aussage haben, müsste man aus allen Kantonen wissen, wie lange die Klinikbetten belegt werden», sagt Max Künnemann, wissenschaftlicher Mitarbeiter. «Diese Daten sind aber nicht überall einfach so verfügbar.» Der Vergleich sei als datenbasierte Anregung zu verstehen. «Die Experten des Kantons müssen entscheiden, ob und wie sie diese Befunde weiterverfolgen», so Künnemann.

«Überdimensioniert»

Nichtsdestotrotz weist die BAK-Analyse auf teure Strukturen in der bernischen Psychiatrie hin. Prägend dafür sind die grossen Kliniken wie das Psychiatriezentrum Münsingen oder die UPD Bern. Der «überdimensionierte» stationäre Bereich sei eine «suboptimale Ausgangslage», sagt Jeannerat. Weil der Kanton im Gegensatz zur ambulanten Psychiatrie (siehe Haupttext) im stationären Bereich rund die Hälfte der anfallenden Behandlungskosten tragen muss, ist der Grossteil der Ausgaben gebunden. «Daher gibt es keine Luft mehr», so Jeannerat. «Für uns ist das eine echte Knacknuss.»